

Auszug aus der Niederschrift zur Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 23.04.2026

Öffentlicher Teil

**TOP 4.2. Antrag der Koalition von CDU und SPD im Rat der Stadt Hagen
hier: Initiative „Null-Toleranz-Strategie für Hagens Innenstadt und Stadtteil-
zentren“**

0327/2026
Entscheidung
geändert beschlossen

Beschluss:

Geänderter Beschluss entsprechend dem Antrag von CDU, SPD, HAK und BfHo/Die Partei

Die Verwaltung wird beauftragt, dem Rat noch vor der Sommerpause 2026 ein Konzept zur Verbesserung der objektiven und subjektiven Sicherheit in der Innenstadt sowie an Brennpunkten in den Stadtbezirken vorzulegen (Null-Toleranz-Strategie).

Folgende Schwerpunkte sollen dabei berücksichtigt werden:

- gemeinsame Bestreifung durch Polizei und SOD im Bereich Innenstadt und Hager Hauptbahnhof
- Zusammenarbeit mit Sicherheitspersonal der Hager Straßenbahn im Spätverkehr
- Schaffung einer Stadtwache mit Leitstelle, die gemeinsam mit dem SOD im ehemaligen Bürgeramt des Rathauses untergebracht wird.
- bessere Bestreifung der Innenstadt durch SOD mit zwei weiteren Anlaufpunkten mit Pausenmöglichkeit für Streifenpersonal im Innenstadtgebiet
- Identifizierung und Entschärfung von Angsträumen durch
 - maßvolle Umgestaltung und Verbesserung der Beleuchtungssituation in Angsträumen ggf. in Zusammenarbeit mit privaten Eigentümern
 - Prüfung der Einrichtung mobiler oder stationärer Videoüberwachungsanlagen an neuralgischen Punkten oder
- Verbesserung der Effektivität des Personaleinsatzes
- Stärkung der Straßenverkehrsbehörde, um insbesondere Ordnungswidrigkeiten schneller und effektiver verfolgen zu können.

Zu diesem Zweck sollen die betreffenden Bereiche der Verwaltung ab dem Jahr 2026 aufwachsend um bis zu 25 Stellen aufgestockt werden, die parallel aus anderen Verwaltungsbereichen verlagert werden.

Dabei soll das Konzept fachliche Stellungnahmen der zuständigen Sicherheitsbehörden umfassen und insbesondere darstellen,

- welche konkreten sicherheitsrelevanten Defizite aktuell bestehen.

- ob und in welchem Umfang die vorgeschlagenen 25 zusätzlichen Stellen dazu geeigneter wären, das angestrebte Ziel zu erreichen.
- ob und welche alternativen Maßnahmen (z. B. organisatorische Änderungen, bessere Koordination, gezielter Einsatz vorhandener Kräfte) geeignet wären, das angestrebte Ziel zu erreichen.
- welche konkreten sicherheitsrelevanten Defizite aktuell bestehen und wo diese räumlich verortet sind.
- welche jährlichen Gesamtpersonalkosten und welche finanziellen Auswirkungen auf den städtischen Haushalt die bis zu 25 zusätzlichen Stellen langfristig verursachen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltung
OB	1		
CDU	5		
AfD			4
SPD	4		
Bündnis 90/Die Grünen	1		
HAK	1		
Bürger für Hohenlimburg / Die PARTEI	1		
Die Linke		1	
FDP		1	
Hagen Aktiv	1		
BSW	1		
Einzelmitglied	1		

☒ Mit Mehrheit beschlossen

Dafür: 15
Dagegen: 2
Enthaltungen: 4

Anlage 1 HAK Sachantrag, Initiative „Null-Toleranz-Strategie für Hagens Innenstadt und Stadtteilzentren

Anlage 2 AFD_Sachantrag HFA SOS 23.04.2026

Anlage 3 Sachantrag CDU SPD HAK BfHo Die Partei



HAK-Fraktion | Rathausstr. 11 | 58095 Hagen

Herrn
Oberbürgermeister
Dennis Rehbein

- im Hause -

Bearbeitet von: Ömer Oral

Tel.: 02331 207 2063

Email: fraktion@hak-hagen.de

Dat.: 20.04.2026

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Rehbein,

gemäß § 16 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Rates der Stadt Hagen möchten wir im Hinblick auf die anstehende Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 23.04.2026 ergänzend zu TOP Ö 4.2 „**Initiative ,Null-Toleranz-Strategie für Hagens Innenstadt und Stadtteilzentren**“ die Verwaltung bitten, unseren Sachantrag auf die Tagesordnung aufzunehmen.

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt,

1. vor einer Entscheidung über die Schaffung von 25 zusätzlichen Stellen eine fachliche Stellungnahme der zuständigen Sicherheitsbehörden einzuholen und dem Ausschuss vorzulegen.
Hierzu sind insbesondere Vertreter der Polizei sowie des städtischen Ordnungsdienstes (SOD) in die nächste Sitzung einzuladen.
2. darzustellen,
 - ob und in welchem Umfang die vorgeschlagenen 25 zusätzlichen Stellen tatsächlich geeignet sind, die objektive Sicherheitslage nachweisbar zu verbessern,
 - welche konkreten sicherheitsrelevanten Defizite aktuell bestehen und wo diese räumlich verortet sind,
 - welche alternativen Maßnahmen (z. B. organisatorische Änderungen, bessere Koordination, gezielter Einsatz vorhandener Kräfte) möglich sind.
3. eine Kosten-Nutzen-Analyse vorzulegen, die insbesondere darstellt,
 - die jährlichen Gesamtpersonalkosten der 25 zusätzlichen Stellen,
 - die langfristigen finanziellen Auswirkungen auf den städtischen Haushalt,
 - sowie eine Gegenüberstellung mit möglichen Investitionen im sozialen und bildungspolitischen Bereich.

Begründung

Der gemeinsame Antrag von CDU und SPD sieht u. a. die Schaffung von 25 zusätzlichen Stellen im Stellenplan ab 2026 vor.

Angesichts der aktuellen Haushaltslage der Stadt Hagen ist jedoch besondere Zurückhaltung bei der Ausweitung von Personalkosten geboten. Die Personalausgaben zählen bereits heute zu den größten Ausgabenblöcken im städtischen Haushalt und liegen im interkommunalen Vergleich auf einem hohen Niveau.

Gleichzeitig steht die Stadt vor erheblichen finanziellen Herausforderungen, die bereits zu Einschnitten insbesondere im sozialen und bildungspolitischen Bereich führen. Vor diesem Hintergrund ist sorgfältig zu prüfen, ob zusätzliche Stellen in diesem Umfang finanziell tragbar und prioritär sind.

Zudem stellt sich die zentrale Frage, ob durch die vorgeschlagenen Maßnahmen, insbesondere die personelle Aufstockung, tatsächlich eine nachhaltige Verbesserung der Sicherheitslage erreicht werden kann. Nach Einschätzungen aus dem Polizeibeirat gehört Hagen bereits heute zu den sichereren Kommunen im Land, sodass eine differenzierte Bewertung der tatsächlichen Problemlage erforderlich ist.

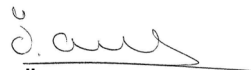
Eine fundierte Entscheidung setzt daher voraus, dass die Einschätzungen der fachlich zuständigen Behörden, insbesondere der Polizei und des Ordnungsdienstes, in den politischen Entscheidungsprozess einbezogen werden.

Darüber hinaus ist zu prüfen, ob die eingesetzten finanziellen Mittel nicht zielgerichteter in präventive Maßnahmen, insbesondere in den Bereichen Soziales, Bildung und Integration, investiert werden sollten, um die Ursachen von Unsicherheitsgefühlen langfristig zu adressieren.

Mit freundlichen Grüßen



Sinan Akbaba
Fraktionsvorsitzender



Ömer Oral
Geschäftsführer

AfD Fraktion im Rat der Stadt Hagen



AfD-Fraktion Hagen, Rathausstr. 11, 58095 Hagen

Herrn Oberbürgermeister
Dennis Rehbein
- im Hause -

Telefon: 02331-207 2129

E-Mail: fraktionsgeschaeftsfuehrung@afd-hagen.de

Aktenzeichen: 23.04.2026 _HFA_01

Hagen, 21.04.2026

Sachantrag zu TOP 4.2. (Drucksache 0327/2026) Haupt- und Finanzausschusssitzung am 23.04.2026

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

gemäß § 16 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Rates der Stadt Hagen möchten wir im Hinblick auf die anstehende Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses darum bitten, unseren Sachantrag auf die Tagesordnung zu setzen.

S.O.S. Hagen: Sicherheit, Ordnung, Sauberkeit für unsere Heimatstadt!

Beschluss:

Die Verwaltung erarbeitet einen „Masterplan Kommunale Sicherheit“ für die Stadt Hagen. Im Fokus sollen die Stadtteile stehen, in denen ein im städtischen Vergleich erhöhtes Kriminalitätsaufkommen feststellbar ist oder in welchen das subjektive Sicherheitsgefühl deutlich schlechter ist als im Durchschnitt.

Das übergeordnete Ziel ist es, die Sicherheit zu erhöhen, die Ordnung durchzusetzen und die Sauberkeit im öffentlichen Raum spürbar zu verbessern. Der Masterplan „Kommunale Sicherheit“ beinhaltet deshalb folgende konkrete Maßnahmen und Aufträge an die Verwaltung:

I. SICHERHEIT STÄRKEN

1. *Systematische Erfassung und Analyse sogenannter Angsträume*

Die Verwaltung wird beauftragt, unter Einbeziehung der Polizei und durch Bürgerbefragungen eine flächendeckende Analyse von Bereichen mit besonderem subjektivem Unsicherheitsgefühl („Angsträume“) durchzuführen. Die Ergebnisse sollen kartografisch erfasst und jährlich aktualisiert werden.

2. ***Bekämpfung der Messerkriminalität***

Es ist ein spezifisches Konzept zu entwickeln mit den Elementen:

- Schaffung von weiteren Messerverbotzonen (z. B. im ÖPNV, in der Innenstadt oder in besonderen Kriminalitätsschwerpunkten),
- verbesserte Kontrollen von Messerverbotzonen durch Polizei und Ordnungsamt,
- verstärkte Präventionsarbeit in Schulen und Jugendeinrichtungen
- beständige öffentliche Hinweise auf bestehende Messerverbotzonen bei Großveranstaltungen

3. ***Stärkung der Zusammenarbeit mit der Polizei***

Ausweitung gemeinsamer Streifen und Priorisierung von Einsätzen in Problemvierteln

II. ORDNUNG DURCHSETZEN

4. ***Ausbau des Kommunalen Ordnungsdienstes***

Der Ordnungsdienst wird personell wie technisch gestärkt. Es ist ein belastbares Schicht- und Einsatzkonzept zu erarbeiten, das gezielte Präsenz in Hotspots sowie in den Abend- und Nachtstunden vorsieht.

5. ***Sonderkontrollen zur Einhaltung der öffentlichen Ordnung***

Schwerpunktaktionen gegen aggressives Betteln, Wildpinkeln, Alkohol- und Drogenkonsum im öffentlichen Raum, Lärmexzesse und Vermüllung sollen koordiniert und regelmäßig durchgeführt werden.

6. ***Konsequente Verfolgung ordnungswidrigen Verhaltens***

Ordnungsverstöße sollen niedrigschwellig, aber konsequent geahndet werden. Die Verwaltung wird beauftragt, eine Sanktionspraxis zu entwickeln, die Wiederholungstäter besonders in den Blick nimmt.

III. SAUBERKEIT VERBESSERN

7. ***Erfassung und Beseitigung von Vermüllungsschwerpunkten***

Die Stadt erstellt auf Basis von Beschwerden, OD-Meldungen und Ortsterminen eine Karte von Vermüllungshotspots. In diesen Bereichen werden regelmäßige Reinigungsintervalle, verstärkte Kontrollen und ggf. Kameraüberwachung eingerichtet.

8. ***Sauberkeitspatenschaften und Stadtteilaktionen fördern***

Die Verwaltung entwickelt ein Konzept zur Unterstützung von Bürgerinitiativen, Schulen, Vereinen und Unternehmen, die sich in Stadtteilen für ein sauberes Umfeld einsetzen möchten – durch Ausrüstung, Anerkennung und Öffentlichkeitsarbeit.

Begründung:

Der ursprüngliche Antrag zur Erstellung einer Initiative "Null-Toleranz-Strategie für Hagens Innenstadt und Stadtteilzentren" greift das wichtige Anliegen auf, die Sicherheitslage und das subjektive Sicherheitsgefühl in Hagen zu verbessern. Er bleibt jedoch

inhaltlich zu allgemein und formuliert weder klare Prioritäten noch konkrete Maßnahmen. Angesichts der tatsächlichen Herausforderungen im Stadtgebiet reicht der von der Koalition CDU/SPD vorgelegte Ansatz bei weitem nicht aus.

Mit dem vorliegenden Sachantrag unter dem Leitmotiv „**S.O.S. Hagen: Sicherheit, Ordnung, Sauberkeit**“ werden die zentralen Aufgaben klar benannt und mit konkreten, umsetzbaren Maßnahmen unterlegt.

Denn: Die statistisch belegten Anstiege in bestimmten Deliktsfeldern (z. B. bei der Messerkriminalität), zunehmende Beschwerden aus der Bevölkerung über Angsträume, Ordnungsverstöße und Vermüllung sowie neue sicherheitspolitische Bedrohungen – etwa durch Extremismus oder auch Probleme im Umfeld von Flüchtlingsunterkünften – machen deutlich, dass Hagen dringend handeln muss.

Dabei geht es nicht nur um objektive Kriminalitätszahlen, sondern auch um das **subjektive Sicherheitsgefühl** der Menschen, das ein wesentlicher Gradmesser für Lebensqualität und Zusammenhalt in unserer Stadt ist.

Es ist daher ein Dreiklang von Sicherheit, Ordnung und Sauberkeit nötig. Denn die „Broken-Window-Theorie“ hat sich längst als zutreffend erwiesen: Dort, wo Verwahrlosung und kleine Regelbrüche den öffentlichen Raum prägen, steigt auch die Kriminalitätsrate an.

Der Sachantrag benennt deshalb:

- **konkrete Handlungsfelder** wie Angstraumanalyse, Kontrollkonzepte oder den Ausbau des Ordnungsdienstes,
- **klare Verantwortlichkeiten** und Prüfaufträge an die Verwaltung,
- sowie **sachlich formulierte Maßnahmen** auch zu sensiblen Themen wie Kriminalität durch Ausländer und Asylbewerber – ohne Pauschalisierung, aber mit klarem Blick auf real vorhandene Problemlagen.

Der Dreiklang aus **Sicherheit, Ordnung** und **Sauberkeit** muss zur kommunalen Querschnittsaufgabe werden – nicht in Einzelaktionen, sondern im Rahmen eines strategisch ausgerichteten Masterplans mit konkretem Zeitplan, messbaren Zielen und transparenter Fortschrittskontrolle. Wer jetzt wieder wegsieht und sich schützend vor die Verursacher stellt, gibt unsere Stadt dem Verfall preis.

Hagen darf nicht erst handeln, wenn sich Unsicherheit und Verwahrlosung weiter verfestigen. Jetzt ist der richtige Zeitpunkt für ein entschlossenes kommunalpolitisches Signal.

Mit freundlichen Grüßen

gezeichnet

Michael Eiche

Fraktionsvorsitzender

gezeichnet

Karin Sieling

Fraktionsgeschäftsführung

Antrag der Fraktionen von
CDU, SPD, HAK, & BfHo/Die Partei im Rat der Stadt Hagen
23. April 2026

Antrag für HFA am 23.04.2026:

TOP I.4.2. Initiative „Null-Toleranz-Strategie für Hagens Innenstadt und Stadtteilzentren“ (DS 0327/2026)

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Rehbein,

gemäß § 16 der GeschO des Rates vom 08.05.2008 in der Fassung des 8. Nachtrages vom 20.05.2021 stellen wir zum o.g. Tagesordnungspunkt folgenden Sachantrag:

Überarbeiteter Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, dem Rat noch vor der Sommerpause 2026 ein Konzept zur Verbesserung der objektiven und subjektiven Sicherheit in der Innenstadt sowie an Brennpunkten in den Stadtbezirken vorzulegen (Null-Toleranz-Strategie).

Folgende Schwerpunkte sollen dabei berücksichtigt werden:

- ***gemeinsame Bestreifung durch Polizei und SOD im Bereich Innenstadt und Hager Hauptbahnhof***
- ***Zusammenarbeit mit Sicherheitspersonal der Hager Straßenbahn im Spätverkehr***
- ***Schaffung einer Stadtwache mit Leitstelle, die gemeinsam mit dem SOD im ehemaligen Bürgeramt des Rathauses untergebracht wird.***
- ***bessere Bestreifung der Innenstadt durch SOD mit zwei weiteren Anlaufpunkten mit Pausenmöglichkeit für Streifenpersonal im Innenstadtgebiet***
- ***Identifizierung und Entschärfung von Angsträumen durch***
 - ***maßvolle Umgestaltung und Verbesserung der Beleuchtungssituation in Angsträumen ggf. in Zusammenarbeit mit privaten Eigentümern***
 - ***Prüfung der Einrichtung mobiler oder stationärer Videoüberwachungsanlagen an neuralgischen Punkten oder***
- ***Verbesserung der Effektivität des Personaleinsatzes***
- ***Stärkung der Straßenverkehrsbehörde, um insbesondere Ordnungswidrigkeiten schneller und effektiver verfolgen zu können.***

Zu diesem Zweck sollen die betreffenden Bereiche der Verwaltung ab dem Jahr 2026 aufwachsend um bis zu 25 Stellen aufgestockt werden, die parallel aus anderen Verwaltungsbereichen verlagert werden.

Dabei soll das Konzept fachliche Stellungnahmen der zuständigen Sicherheitsbehörden umfassen und insbesondere darstellen, ...

- ***... welche konkreten sicherheitsrelevanten Defizite aktuell bestehen.***

- **... ob und in welchem Umfang die vorgeschlagenen 25 zusätzlichen Stellen dazu geeigneter wären, das angestrebte Ziel zu erreichen.**
- **... ob und welche alternativen Maßnahmen (z. B. organisatorische Änderungen, bessere Koordination, gezielter Einsatz vorhandener Kräfte) geeignet wären, das angestrebte Ziel zu erreichen.**
- **... welche konkreten sicherheitsrelevanten Defizite aktuell bestehen und wo diese räumlich verortet sind.**
- **... welche jährlichen Gesamtpersonalkosten und welche finanziellen Auswirkungen auf den städtischen Haushalt die bis zu 25 zusätzlichen Stellen langfristig verursachen.**

Begründung:

Die Begründung erfolgt durch die Antragsteller mündlich in der Sitzung.

Mit der Bitte um Veranlassung und freundlichen Grüßen verbleiben

Jörg Klepper
Vorsitzender
CDU Ratsfraktion Hagen

Telefon: 02331 . 207-3507
E-Mail:
info@cdu-fraktion-hagen.de

Claus Rudel
Vorsitzender
SPD-Ratsfraktion Hagen

Telefon: 02331 . 207-3188
E-Mail:
spd-fraktion-hagen@online.de

Sinan Akbaba
Vorsitzender
HAK-Fraktion

Telefon: 02331 . 207-2063
E-Mail:
fraktion@hak-hagen.de

Peter Arnusch
Vorsitzender
Fraktion BfHo/Die PARTEI

Telefon: 02331 . 207-4338
E-Mail:
frank.schmidt@bfho.de